

*Thyssen*

## Abschlussklärung

### Erstens

Auf diesem zweiten "Hochschulpolitischen Ratschlag" des BdWi, veranstaltet in gemeinsamer Trägerschaft mit der HWP und der LAK, haben wir die Zukunft nicht nur, aber vor allem der Hochschule besprochen. Wir alle haben Interesse und Ansprüche an die Zukunft von Hochschule und Wissenschaft und den Willen, sie zu beeinflussen, doch wir stehen erst am Anfang der Ausarbeitung eines alternativen Konzepts einer hochschul-, wissenschafts- und forschungspolitischen Opposition, das - soviel ist gewiss - den Entwurf einer Hochschule der Zukunft nur als Moment zukünftiger Gesellschaft entwickeln kann.

### Zweitens

Die gegenwärtige Krise von Hochschul- und Wissenschaft hat ihren Grund nirgendwo anders als in der gegenwärtigen Verfassung unserer Gesellschaft:

\* die tödliche Krise einer "Sicherheitspolitik", der täglich Tausende, immer wahrscheinlicher aber zukünftig wir alle zum Opfer fallen werden, ist entscheidend mitzuverantworten von der Wissenschaft der Rüstungs- und Militärexpertokratie.

\* die globale Krise der Unterversorgung, Produktion von Verelendung und Armut, der Ressourcenvernichtung und Naturzerstörung reproduziert sich unter ständigem und wachsendem Einsatz eines riesigen Wissenschaftspotentials.

\* die Krise einer Ökonomie schließlich, die rapide wachsende soziale Ungleichheit bewirkt, immer mehr Menschen beschäftigungslos macht und zur Erwerbs- ja: Lebensunfähigkeit zurechtet, mobilisiert wissenschaftliche Expertise nicht nur zum beschönigenden wirtschaftstheoretischen und -politischen Sachverständigenrat, sondern auch zur "späth"kapitalistischen Herrschaftsabsicherung eines politischen Systems, das mit dem arroganten Triumphalismus einer sich sicher fühlenden Bourgeoisie die Verdummung der unteren Klassen betreibt.

#### Drittens

Denn diese Regierung will sich, dass zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, offenbar an Bildungsfeindlichkeit von niemandem übertreffen lassen.

Schauen wir doch an, was sich dieses reiche Land seine Wissenschaft noch kosten lässt: zwischen 1980 und 1985 sind die Ausgaben des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von 4.2 auf 4.0 Mrd DM gefallen, jene des Ministeriums der Verteidigung dagegen von 38.9 auf 49.0 Mrd DM gestiegen. Einem Minus von 5,8 % steht ein Plus von 26 % gegenüber.

Die jährliche Förderung der Geisteswissenschaften ist den politischen Repräsentanten des Landes der Dichter und Denker gerade noch so viel wert, wie sie in zwei Jahren zur Beseitigung der hierzulande anfallenden Manöverschäden ausgeben. Angesichts des ständigen Wachstums der letztgenannten wird auch dieser Vergleich bald obsolet sein.

Frau Dr. Wilms von jenem Ministerium für Bildung zeigt sich am 3. Mai "befriedigt" darüber, dass im letzten Wintersemester

erstmalig die Zahl der Erstsemester gesunken ist. Seit 1981 haben über 200 000 Hochschulberechtigte in der Bundesrepublik völlig oder zeitweise auf den Beginn ihrer Hochschulbildung verzichtet, also kein Studium aufgenommen. "Diese Entwicklung", sagt der Herr Staatssekretär Pfeifer von diesem Ministerium für Bildung und Wissenschaft, "unterstützen wir nachdrücklich." "Wir wollen", sagt der Herr Wrede von der bayerischen Abteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, "keine Akademisierung der Wirtschaft, keine Vergeistigung der Arbeitsplätze".

Von jenen, die sich nicht haben von der Hochschule fernhalten lassen, erzwingt man Dequalifizierung und Rücknahme ihrer Bildungsansprüche, etwa mit ökonomischem Zwang mittels Bafög-Sozialpolitik oder mit Zwischenprüfung oder Regelstudienzeit, mit dem Rotstift des Stellenabbaus oder mit der Hierarchisierung und Elitisierung der Sozialstruktur der Hochschule. Die Relation Studierende zu wissenschaftlichem Personal liegt auf dem Stand der frühen 60er Jahre. Studentsein ist ein part-time-job geworden: die Zahl der aus ökonomischer Not ständig arbeitenden Studenten hat sich verdoppelt, 40 % müssen sich auch während des Semesters ihren Lebensunterhalt verdienen. Zwei von drei Studierenden geben an, dass die Institution Hochschule sie psychisch beeinträchtigt, krank macht.

Wie sollten sie sich da mit dieser Hochschule identifizieren?

Und sie sollen sich ja auch nicht mit der Hochschule identifizieren. Ihr Status ist eine Verlegenheitslösung, es handelt sich um eine dem Institutionszweck fremde, also unnütze Population, weshalb man sie auch früher oder später lautlos vom überlasteten Arbeitslosenzwischenlager wegtreibt in die - siehe oben - vom Geist freie Wirtschaft, also in die Endlagerung

diesseits oder schon jenseits des Beschäftigungssystems.

Heute schon bricht jeder dritte Studierende sein Studium ab. Seit 1979 hat sich die Gesamtzahl der arbeitslosen Akademiker verdreifacht. Hunderttausende Hochschulabsolventen sind in den letzten Jahren arbeitslos geworden, tausende junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen verlieren jährlich Kreativität und Wissensdrang in den Wartehallen der Arbeitsämter.

Diese Regierung beabsichtigt keineswegs zur Schaffung der annähernd zwei Millionen neuen Arbeitsplätze Wesentliches beizutragen, die in den nächsten 15 Jahren für den akademischen Bereich notwendig sein werden. Sie ist nicht daran interessiert. Sie redet nicht von einer zukünftigen Bildungskatastrophe, sie macht sie, denn sie braucht sie.

Wir brauchen ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Akademiker- und Wissenschaftlerarbeitslosigkeit. Es muss die Qualifizierung für gesellschaftlich nützliche und sinnvolle Tätigkeit fördern und nicht die Entwertung der wissenschaftlichen Ausbildung organisieren. Vor allem für die gegenwärtig noch überdurchschnittlich hart getroffenen Absolventen sozial- und geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen, vor allem im Interesse der von dieser Entwicklung am meisten betroffenen Frauen in der Wissenschaft fordern wir:

- \* Aufstockung der Mittel der Arbeitsämter für Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung
- \* Verkürzung der Arbeitszeit im Wissenschaftsbereich, Wiederherstellung der arbeits- und sozialrechtlichen

Schutzrechte im Wissenschaftsbereich, wir fordern: Schluß mit der Politik der Zeitverträge

- \* Erweiterung des Kreises der für diese Maßnahmen in Frage kommenden Personen auf alle Hochschulabsolventen bzw. Berufsanfänger
- \* Erweiterung des Kreises der Institutionen, die zur Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen berechtigt sind, auf alle wissenschaftlichen Institutionen und solche Vereine, Betriebe und Organisationen, die einen Bedarf an akademisch qualifizierter Arbeitskraft nachweisen können
- \* Wir fordern staatliche Unterstützung der vorhandenen Wissenschaftsläden und der von arbeitslosen Hochschulabsolventen in Eigeninitiative gegründeten Forschungsinstitute, die deren materielle und personelle Infrastruktur für den Zeitraum absichert, der zur Existenzsicherung solcher Institute notwendig ist
- \* Wir fordern die Aufstockung des Etats der DFG und anderer forschungsfördernder Institutionen
- \* Wir fordern die Verbesserung der Möglichkeiten auch für nichtpromovierte Wissenschaftler, Forschungsförderung für wissenschaftliche Projekte zu erhalten
- \* Und endlich müssen die Mittel für die Graduiertenförderung ganz beträchtlich erhöht werden.

Eine langfristig angelegte Politik zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit muss Schluß machen mit dem großen Konsens, dass eine Expansion des Bildungswesens und Wissenschaftssystems nicht mehr möglich sei. Diesen Konsens teilt auch schon lange, stillschweigend oder explizit, jedenfalls der Not gehorchend die akademische Linke. Wenn sie nicht gemeinschaftlich mit Herrn Kohl die anstehende Bildungskatastrophe aussitzen will, dann muss

sie mit dieser defensiven Position brechen. Es müssen erhebliche Mittel beschäftigungswirksam investiert werden: in ressourcen- und umweltschonende Technologieentwicklung (regenerative Energiequellen, Kreislaufwirtschaft, Konversion für die Chemieindustrie, umweltorientierter Städtebau, Technologiebewertung in den Bereichen Wasser, Verkehr, Farbstoffchemie, Mikroelektronik in der Arbeitswelt); investiert werden muss in die Gesundheitsforschung (Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, arbeitnehmerorientierte Arbeits- und Unfallmedizin, Umwelttoxikologie, ganzheitliche Medizin, Krebsforschung), Investitionen sind notwendig in die Sozialforschung (Frauenforschung, Friedensforschung, Themenbereiche Armut, 3. Welt, Kultur- und Bildungsforschung).

Für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gibt es keine Lösungen, die grundsätzlich verschieden sind von denen, die zur Beseitigung des Problems der allgemeinen Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie sind Teil der Gesamtforderung nach Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Wir begrüßen die Herbstaktionen der Gewerkschaften gegen die Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Viele Wissenschaftler werden sich an ihnen beteiligen, wir rufen dazu auf. Wir wollen versuchen, in den nächsten Monaten ein Projekt zur Ausarbeitung eines detaillierten Beschäftigungsprogramms im Wissenschaftsbereich einzurichten und bitten um politische, inhaltliche und - wichtig - finanzielle Solidarität (möglichst mit einer Einzugsermächtigung).

## Viertens

Notwendig sind noch einige Stichworte zum konservativen Projekt der Hochschul- und Wissenschaftswende. Es sind die Stichworte: Kapital, Militär, Ideologie.

Ein Stichwort Kapital meint natürlich zunächst, dass es hierzulande zwei Wissenschafts- und Forschungspolitiken gibt: eine öffentliche und eine private.

Die private hat ohnehin die Übermacht: sie finanziert über die Hälfte und verbraucht mehr als zwei Drittel der Mittel für Forschung und Entwicklung.

Der Forschungskonzern Nummer Eins, die Siemens AG, gibt jährlich ca. 3 Mrd DM für Forschung aus. Das ist das Neunfache aller staatlichen Forschungsmittel in NRW. Es entspricht 6 Universitäten von der Größe Münsters. Dasselbe Unternehmen hat zugleich ein mächtiges Monopol auf dem akademischen Arbeitsmarkt: es absorbiert ein Drittel der diesjährigen Universitäts- und Fachhochschulabsolventen der Elektrotechnik.

Das Ziel der Bundesregierung ist es, die private Wissenschaftspolitik auf Kosten der öffentlichen zu stärken. Sie fördert mit riesigen öffentlichen Mitteln die private Großwissenschaft und kappt zugleich den öffentlichen Einfluß auf das industrielle Wissenschaftspotential. Sie betreibt die Öffnung der Hochschule zum Kapital: über Privatuniversitäten, Stiftungslehrstühle, Forschungsmärkte, Personaltransfer, das Arrangement kostenloser Beratung der Industrie durch

Wissenschaftler der Hochschulen, über die Einrichtung Dutzender von Technologieparks, die wohl besser Gewerbehöfe zu nennen wären.

Zum buchstäblichen Schlüssel der privat kontrollierten Neustrukturierung der Hochschullandschaft soll die Drittmittelforschung werden. Ihre Wirkungen sind offenbar:

- \* Vertiefung regionaler Forschungsdisparitäten - schon 1982 zogen nur 37 von 233 Hochschulen 75 % der Drittmittel auf sich; fast 2/3 aller eingeworbenen Drittmittel entfallen auf nur 4 Bundesländer
- \* Selektion der Universitätswissenschaften nach alleiniger Maßgabe ihres Transfer- und Gewinnpotentials: "Drittmittelinwerbungen", schreibt der NRW- Forschungsbericht S.120 wörtlich, "sind für den Wissenschaftsminister ein Qualitätsmerkmal geworden" - hier beantwortet schon gleichsam die schiere Größe des Forschungskapitals die Frage nach der wissenschaftlichen Wahrheit, Verlässlichkeit, Neuheit usw.
- \* Umverteilung öffentlicher Mittel in den privaten Bereich, also Kostensozialisierung und Gewinnprivatisierung
- \* Verlagerung der Entscheidungsmacht über die Hochschulforschung in den privaten Bereich
- \* Verschlechterung der tarif- und arbeitsrechtlichen Situation an den Hochschulen
- \* Weitere Auffächerung der hochschulinternen Hierarchie und Vertiefung der sozialen Ungleichheit an den Hochschulen.

Angesagt ist also mittels der Forschung Dritter statt der Humboldt'schen Universitätsidee die Praxis der hausierenden Universität, da folgend dem Matthew-Effect, nach dem Evangelisten Matthäus: wer da hat, dem wird gegeben.

Sicherlich ist Drittmittelforschung als Instrument einer Verbindung von Wissenschaft und Praxis sinnvoll. Doch was in einer zukünftigen Hochschule gebraucht wird ist



- + eine Verstärkung der öffentlichen zu Lasten der privaten Förderungsmittel
- + eine Planung der Forschungsmittel, welche die Entstehung regionaler und disziplinärer Disparitäten verhindert; eine Differenzierung der globalen staatlichen Zuweisungen von Haushaltsmittel an Hochschulen nach Maßgabe ihres "Erfolgs" auf dem Drittmittelmarkt lehnen wir ab
- + wir brauchen eine Bindung der Drittmittelforschung an positive Beschäftigungseffekte (nicht nur) auf dem Akademikerarbeitsmarkt
- + wir brauchen eine Drittmittelforschung, die im öffentlichen Wissenschaftssystem ein flexibles wie langfristig angelegtes bedürfnis- und gebrauchswertorientiertes Gegengewicht zur Übermacht des privaten Wissenschaftssystems aufzubauen hilft
- + wir brauchen keinen permanenten Abbau der Förderung der Geistes- Kultur- und Sozialwissenschaften - zum Beispiel sank der geisteswissenschaftliche Anteil an der Förderung der VW-Stiftung von über 70 % in 1970 auf knapp über 40 % in 1983! - notwendig ist vielmehr ein entschiedener Zuwachs der Mittel für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften
- + und notwendig ist endlich eine Vielfalt der Förderungsstruktur, -instrumente und Objekte, ein weit stärkerer Einbau des wissenschaftlichen Nachwuchses und außeruniversitärer, kleiner Wissenschaftseinrichtungen wie der Wissenschaftsläden in die Förderung

Gegen die Industrie- und Kapitalsoffensive im Wissenschaftsbereich halten wir also nicht das Konzept einer neuen Hochschulesoterik, der anachronistischen Absage an Praxisbezug der Wissenschaft, der voreiligen Verneinung von Wissens- und Technologietransfer, der aparten Wissenschaftsautonomie jenseits gesellschaftlicher Ansprüche auf die Fähigkeiten und Leistungen der Wissenschaft zur Problemlösung.

Sicher: wir denken, weniger Leistung und Spitzenforschung wäre schon wünschenswert - etwa auf dem weiten Feld der Rüstungsforschung - hier ist ein mehr an Leistungs- ja Wissenschaftsfeindlichkeit geradezu gefordert - denn was ist das für eine Wissenschaft?

Gleichwohl: es ist die politische Linke, die, um es mit der gehörigen Orthodoxie zu formulieren, ganz prinzipiell für eine Gesellschaft plädiert, in der jeder seine Bedürfnisse nach Maßgabe des Leistungsvermögens zu befriedigen vermag, das zu entfalten er unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen willens und imstande ist. Die politische Rechte dagegen repräsentiert eine Gesellschaft, deren herrschende Klasse kraft ihres Besitzes der Produktionsmittel leistungsloses Einkommen zu beziehen vermag.

Genau hierum aber geht es: die gegenwärtig betriebene ökonomisierung von Wissenschaft und Hochschule zielt ab auf die Intensivierung der Ausbeutung des wissenschaftlich qualifizierten Teils der gesellschaftlichen Arbeitskraft, die Vergrößerung des kapitalisierbaren Wissensfonds, die Steigerung der Grabsaneignung der Produktivkraft Wissenschaft.

Hier geht es um ganz simple Dinge: die Ausdehnung des individuellen, statt des gesellschaftlichen Arbeitszeitfonds an der Hochschule oder die Neuschaffung persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen als Methode der Produktivitätssteigerung.

Es geht um den Kauf der Köpfe: "Huren, Tänzerinnen und Professoren kann ich für mein Geld überall kaufen", sagte bekanntlich einst der König von Hannover.

## Fünftens

Und das Stichwort Militär? SDI, Eureka, WEU lassen keinen Zweifel daran: die Hochtechnologieförderung wird militarisiert, das Rüstungskapital richtet sich ein als Führungssektor auch zivilindustriell kommerzialisierbarer Technologien und organisiert zugleich seinen Zugriff auf eine angeblich oder tatsächlich militärisch relevanter werdende zivile Forschung und Technologie, es soll ein breiter Sektor militärischer Grundlagenforschung entstehen, die Geheimhaltung, nicht mehr die Publikation wird zur alltäglichen Praxis, ja womöglich sogar zum Qualitätsnachweis und Prestigegrund werden. Schon heute wird rund ein Fünftel des riesigen Forschungspotentials der USA unter den Bedingungen der Geheimhaltung realisiert. Wissenschaftliche Kongresse werden neuerdings dreigeteilt: one for US-Citizens only, the other one for NATO-People, the third one for Commie-Scientists too. Für viele Wissenschaftler waren die Tage von Los Alamos die emotionalen Höhepunkte ihres Lebens. Die Regierung der USA setzt darauf, dass sich dies wiederholt: SDI als Wissenschaftlerdroge.

Im übrigen lässt diese Entwicklung auch die Lehrfunktion der Hochschule nicht unberührt: an den US-Hochschulen unterliegen schon heute fast 150 000 Studenten, die in den Hochschulorganisationen des Reserveoffizierskorps organisiert sind, der militärischen Gerichtsbarkeit. Das Pentagon entwickelt sich zum Großfinanzier der Ausbildungsförderung.

Nachdem schon seit Jahren der Sektor militärischer Forschung im Wissenschaftssystem neue Prominenz und Macht gewinnt, hat sich

jetzt, angesichts der rapiden Militarisierung des Weltraums und seiner Erforschung, in nur wenigen Monaten der Kampf um die Wende in der Wissenschaft, um eine rasch beschleunigte Verschiebung der Achse der Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik in Richtung auf Militär und Rüstung ausserordentlich zugespitzt. Dieser Kampf wird lange dauern, sein Ausgang hängt entscheidend von der Position der Wissenschaft ab, ob sie Partei nimmt für eine friedliche Wissenschaft gegen Kriegsforschung. In den letzten 1 1/2 Jahren haben Wissenschaftlerinitiativen in der BRD rund ein Dutzend nationaler Kongresse mit über 15 000 Teilnehmern durchgeführt, seit 1982 sind zwischen 8 und 10 % der Wissenschaftler der Bundesrepublik in öffentliche Formen der Friedensarbeit einbezogen worden. Die Bewegung in die Politik hat sich stabilisiert. Das alte Leitbild einer Wissenschaft, deren Streben nach Wahrheit und Objektivität notwendig mit Politikabstinenz verknüpft werden müsse, hat für eine starke Minderheit jede Wirkung verloren. Vieles spricht dafür, dass diese Veränderung der politischen Kultur der Wissenschaft unumkehrbar ist. Dies zumal, weil Krieg in der Tendenz maßlos ist. Alles wird potentiell kriegswichtig. Diese Logik der Mobilmachung verwandelt die Beziehung zwischen Wissenschaft und Krieg: der Zugriff auf die Wissenschaft wird umfassend, er lässt keine Disziplin, Wissenschaftsrichtung, Konzeption oder Forschungsstufe aus. Eine Logik der Entgegnung kann sich daher nicht beschränken. Jene "friedensbewegten" Wissenschaftler, denen nach zwei Friedensringvorlesungen die Themen ausgehen, sind kaum auf der Höhe der Zeit, genauer der militärischen Wissenschaftspolitik. Alles ist potentiell friedenswichtig.

Der Umwälzung der Wissenschaft durch den Krieg wollen wir die Umwälzung der Wissenschaft durch den Frieden gegenüberstellen - sie braucht ihre Zeit.

Doch beginnen kann man mit der dreifachen Forderung: keine Forschung für den Krieg und vor allem für SDI an den Hochschulen; keine Finanzmittel mehr für diese Forschung, Einfrieren des Rüstungshaushalts; Einrichtung von Friedens- und Abrüstungsforschungslehrstühlen und -instituten an allen Hochschulen der Bundesrepublik und Westberlin

#### Sechstens

Und noch eine Abschlußbemerkung zum Stichwort Ideologie. Über die Richtung der Wende in den Sozial- und Geisteswissenschaften liefert uns der Süden der Bundesrepublik ständig neue Formeln. Sie spiegeln freilich die allgemeine Tendenz wider. Zum Beispiel "ökonomisierung": es geht - so Lothar Späth - um "exportorientierte Landeskunde", um soziokulturelle Marktbegleitforschung zur Exportsteigerung: Aufbau von Lateinamerikastudiengängen, Osteuropäische Wirtschaftskunde, Japanologie, Südost- und Ostasienwissenschaften, es geht um die sozialwissenschaftliche Serviceleistung für Managerausbildung und Exportpolitikberatung.

Oder Stichwort "Akzeptanz" : im Späth-Bericht über "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen" (S.45) heißt es: "Es kommt hierbei auf die Förderung "instrumenteller" Werte und Fähigkeiten an, die sich mit Begriffen wie "Frustrationstoleranz", "Resistenz" und Fähigkeit zum "Befriedigungsaufschub" ...kennzeichnen lassen". Die

Sozialwissenschaften sollen helfen, die Leidesfähigkeit der Menschen zu erhöhen - das meint das Wort von der Akzeptanz. Es tritt freilich manchmal auch in Form höheren Humbugs auf: Prof.Dr.Walter von Wartburg, Mitglied der CIBA-Geigy AG, gab zum Beispiel vor einigen Tagen auf einem Symposium über Elitebildung den Sozialwissenschaften den Rat, die traditionelle Bilanzkunde doch endlich mit "Business ethics" zu komplettieren. Es fehlt noch die "Bioethics", passend zur Biotechnologie, oder die Computerethik, passend zur Informatik.

Oder Stichwort "Erklärungswissenschaft" - vor wenigen Wochen wurde an der Universität Tübingen ein Internationales Geistes- und Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum gegründet, dessen Zielsetzung der Tübinger Rektor, welcher der Landesregierung eng verbunden ist, in den globalen Rahmen des Zusammenbruchs der großen Sinnentwürfe und Wertsysteme der Nachkriegszeit stellte. Das Wort von der Nachkriegszeit, die zu Ende sei, hat nun auch die Sozialwissenschaften eingeholt. Sie sollen gegen die antiwestlichen Affekte mobilisiert werden, gegen das Mißverstehen der westlichen Gemeinschaft als bloßes Militärbündnis. Konzipierte das sozialliberale Jahrzehnt die Rolle der Sozialwissenschaften zum guten Teil als Sozialstaatswissenschaft, so soll sie in der konservativen Wissenschaftspolitik nicht bloß als Polizeiwissenschaft (Matthäus) fungieren, sondern auch, zum Beispiel, zur Pflege deutsch-amerikanischen Gemeinschaftsinnens zwecks Erlangung des rechten NATO-Geistes ermuntert werden - eine durchaus weitreichende Perspektive übrigens: die Zahl der Partnerschaftsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten ist seit 1982 von 150 auf 220 gesteigert worden, so ganz nebenbei.

Diese Entwicklung muss genauer untersucht werden. Alternativen müssen ausgearbeitet werden. Auf dieser Konferenz haben wir ein zweites Projekt eingerichtet, das Projekt einer Denkschrift "Die Zukunft der Hochschule". Auch dazu bitten wir um inhaltliche, politische und finanzielle Unterstützung, wieder mit Einzugsermächtigung. Das Ergebnis soll auf dem "3.Hochschulpolitischen Ratschlag" vorgestellt werden, den der BdWi voraussichtlich im Dezember nächsten Jahres in Bielefeld durchführen wird. Das Generalthema dieser Veranstaltung wird die "Wende in den Wissenschaften sein", in den Sozial- Erziehungs- Natur- oder Technikwissenschaften. Wir möchten zu dieser Veranstaltung herzlich einladen. Bedanken möchte ich mich im Namen des BdWi bei Michael Weber, der den ganzen Kongress von Marburg aus organisiert hat, bei Monika vom HWP-Asta, bei zahlreichen studentischen und Wissenschaftler-Kolleginnen und Kollegen auch vom Hamburger BdWi, bei Norbert Aust, unserem Gastgeber von der HWP, bei den über 60 Referenten, bei allen, die gekommen sind.